

SÉNAT DE BELGIQUE

SESSION DE 2019-2020

27 MARS 2020

BELGISCHE SENAAT

ZITTING 2019-2020

27 MAART 2020

Gesetzesvorschlag zur Abänderung von Artikel 14bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was den gleichzeitigen Bezug öffentlicher Entschädigungen betrifft

(Eingereicht von Herr Alexander Miesen)

Proposition de loi modifiant l'article 14bis de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone en ce qui concerne le cumul d'indemnités publiques

(Déposée par M. Alexander Miesen)

Wetsvoorstel tot wijziging van artikel 14bis van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap wat de cumulatie van publieke vergoedingen betreft

(Ingediend door de heer Alexander Miesen)

BEGRÜNDUNG

I. EINLEITUNG

Der vorliegende Vorschlag greift eine Bitte wieder auf, die das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in seinem begründeten Gutachten vom 23. April 2018 zu drei Gesetzesvorschlägen zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft formuliert hat (siehe das Dokument der Abgeordnetenkommission 54-2813/005). Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hatte festgestellt, dass die auf seine Mitglieder anwendbare Gesetzgebung in Sachen Begrenzung der außerparlamentarischen Einkünfte („150 %-Regel“) deren spezifischem Statut, das auf die Bedürfnisse der Parlamentarier zugeschnitten ist, die ihr Mandat nebenamtlich ausüben, nicht Rechnung trägt. Tatsächlich hatte der Gesetzgeber mit der Verabschiedung von Artikel 14bis Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 einfach nur die auf die Mitglieder der anderen belgischen Parlamente anwendbaren Regeln umgesetzt.

Bei der Verabschiedung der oben genannten Gesetzesvorschläge ist der Gesetzgeber bedauerlicherweise der vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in seinem Gutachten geäußerten Bitte nicht nachgekommen (siehe das Gesetz vom 14. Oktober 2018 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was die gleichzeitige Ausübung von Mandaten betrifft (*Belgisches Staatsblatt* vom 26.10.2018, S. 81873), und das Gesetz vom 14. Oktober 2018 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was den gleichzeitigen Bezug öffentlicher Entschädigungen betrifft (*Belgisches Staatsblatt* vom 26.10.2018, S. 81879)).

Der vorliegende Vorschlag führt daher eine passendere Formulierung des Artikels 14*bis* Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 ein, die dem spezifischen Statut der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Rechnung trägt und gleichzeitig die Einhaltung der 150 %-Regel garantiert.

II. KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel legt die verfassungsrechtliche Kompetenzgrundlage des vorliegenden Gesetzesvorschlags fest. Sie unterliegt Artikel 77 Absatz 1 Nummer 4 der Verfassung und der Senat verfügt somit im vorliegenden Fall über das Initiativrecht.

Art. 2

In seiner aktuellen Fassung schreibt Artikel 14*bis* Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft Folgendes vor: „Der Betrag der Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die das Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Entgelt für die Tätigkeiten erhält, die es außerhalb seines Mandats als Mitglied des Parlaments ausübt, darf die Hälfte des Betrags der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung nicht überschreiten.“

Diese Formulierung stellt kein Problem dar, wenn man voraussetzt, dass die Parlamentarier eine parlamentarische Entschädigung erhalten, die derjenigen entspricht, die den Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung gewährt wird. Die Gesamtheit der erhaltenen Gehälter und Entschädigungen wird somit tatsächlich auf 150 % des Betrags der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung begrenzt werden.

Allerdings ist die Entschädigung, die die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft tatsächlich erhalten, aufgrund des spezifischen Statuts ihres Mandats, das sie nicht hauptamtlich ausüben, deutlich niedriger als die der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung. Dies hat zur Folge, dass die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Umständen auf die Einkünfte aus ihren außerparlamentarischen Mandaten, Ämtern oder Funktionen angewiesen sind, um sich eine solide finanzielle Grundlage zu sichern.

Diese spezifische Situation der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann anhand eines Beispiels veranschaulicht werden:

Ein einfaches Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat für das Jahr 2018 eine parlamentarische Entschädigung von etwa 16.300 Euro erhalten. Dieses Entgelt allein ermöglicht es natürlich nicht, eine solide finanzielle Grundlage zu gewährleisten. Der Parlamentarier muss daher auf Gehälter, die er für außerparlamentarische Tätigkeiten erhält, zurückgreifen können, um über ein angemessenes Einkommen verfügen zu können. Die derzeitige Formulierung von Artikel 14*bis* Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 begrenzt diese Gehälter auf 50 % der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, also auf 62.395,22 Euro für das Jahr 2018 (im *Belgisches Staatsblatt* vom 02.02.2018 veröffentlichter Betrag).

Die Höchstsumme, die ein Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft insgesamt (parlamentarische Entschädigungen und Gehälter für außerparlamentarische Tätigkeiten) für das Jahr 2018 erhalten konnte, betrug demnach 78.695,22 Euro, was deutlich unter der Schwelle von 150 % der Entschädigung eines Mitglieds der Abgeordnetenversammlung liegt.

Die Formulierung von Artikel 14*bis* Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 muss daher abgeändert werden, um der spezifischen Situation der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerecht zu werden. Anstatt die Entschädigungen für außerparlamentarische Tätigkeiten auf 50 % der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung zu begrenzen, wird vorgeschlagen, die Gesamtheit der Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die das Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhält – sei es im Rahmen seines parlamentarischen Mandats oder im Rahmen der Ausübung anderer öffentlicher Mandate,

öffentlicher Ämter oder öffentlicher Funktionen politischer Art –, auf 150 % des Betrags der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenkammer zu begrenzen. Diese Abänderung macht außerdem eine technische Anpassung von Artikel 14*bis* Absatz 2 Satz 1 erforderlich.

Art. 3

Aus den vorhergehenden Ausführungen geht hervor, dass der derzeitige Artikel 14*bis* Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983, strikt angewendet auf die spezifische Situation der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nicht der *ratio legis* entspricht, die darauf abzielt, dass kein Parlamentarier des Landes über ein öffentliches Einkommen verfügt, das 150 % des Betrags der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenkammer übersteigt. Zur Beseitigung dieser Inkongruenz zwischen dem Gesetzestext und seinem Geist und zur Behebung der Rechtsunsicherheit, die dadurch gegebenenfalls für die anlässlich der Wahlen vom 26. Mai 2019 gewählten Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft entstanden ist, wird vorgeschlagen, dass das Gesetz mit Wirkung vom 27. Mai 2019 in Kraft tritt; dies entspricht dem Datum des Inkrafttretens des Gesetzes vom 14. Oktober 2018 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was den gleichzeitigen Bezug öffentlicher Entschädigungen betrifft.

GESETZESVORSCHLAG

Artikel 1

Das vorliegende Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2

Artikel 14*bis* des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, eingefügt durch das Gesetz vom 25. Mai 1999 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. März 2006 und die Gesetze vom 14. Oktober 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Die Summe des Betrags der Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die ein Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund seines parlamentarischen Mandats erhält, und des Betrags der Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die dieses Mitglied als Entgelt für die Tätigkeiten erhält, die es außerhalb seines Mandats als Mitglied des Parlaments ausübt, darf 150 % des Betrags der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenkammer nicht überschreiten.“

2. In Absatz 2 wird der erste Satz wie folgt ersetzt:

„Für die Berechnung des Betrags der Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die dieses Mitglied als Entgelt für die Tätigkeiten erhält, die es außerhalb seines Mandats als Mitglied des Parlaments ausübt, werden jene Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder berücksichtigt, die sich aus der Ausübung eines öffentlichen Mandats, eines öffentlichen Amtes oder einer öffentlichen Funktion politischer Art ergeben.“

Art. 3

Vorliegendes Gesetz tritt mit Wirkung vom 27. Mai 2019 in Kraft.

12. März 2020.

Alexander MIESEN.

DÉVELOPPEMENTS

I. INTRODUCTION

La présente proposition reprend une demande que le Parlement de la Communauté germanophone a formulée dans son avis motivé du 23 avril 2018 relatif à trois propositions de loi modifiant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone (doc. Chambre, n° 54-2813/005). Le Parlement de la Communauté germanophone avait observé que la législation applicable à ses membres en matière de limitation des traitements extra-parlementaires («la règle des 150 %») ne tenait pas compte de leur statut spécifique conçu pour répondre aux besoins des parlementaires n'exerçant pas de mandat à part entière. En adoptant l'article 14bis, alinéa 1^{er}, de la loi du 31 décembre 1983, le législateur avait en effet tout simplement transposé les règles applicables aux membres des autres parlements belges.

Lors de l'adoption des propositions de loi susmentionnées, le législateur n'a malheureusement pas donné suite au souhait du Parlement de la Communauté germanophone exprimé dans son avis (*cf.* la loi du 14 octobre 2018 modifiant, en ce qui concerne le cumul des mandats, la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, *Moniteur belge* du 26 octobre 2018, p. 81873, et la loi du 14 octobre 2018 modifiant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone en ce qui concerne le cumul d'indemnités publiques, *Moniteur belge* du 26 octobre 2018, p. 81879).

La présente proposition de loi introduit donc une formulation plus adaptée de l'article 14bis, alinéa 1^{er}, de la loi du 31 décembre 1983 qui tient compte du statut spécifique des membres du Parlement de la Communauté germanophone tout en garantissant le respect de la règle des 150 %.

II. COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article détermine la base constitutionnelle de compétence de la présente proposition de loi. Celle-ci relève de l'article 77, alinéa 1^{er}, 4^o, de la Constitution, et le Sénat peut donc exercer son droit d'initiative en l'espèce.

TOELICHTING

I. INLEIDING

Dit voorstel neemt een verzoek over dat het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap gedaan heeft in zijn gemotiveerd advies van 23 april 2018 met betrekking tot drie wetsvoorstellen tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap (Stuk Kamer, nr. 54-2813/005). Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap had erop gewezen dat in de wetgeving die voor haar leden van toepassing is betreffende de beperking van de buitenparlementaire vergoedingen («de 150 %-regel»), geen rekening was gehouden met hun specifiek statuut, dat tot stand werd gebracht om tegemoet te komen aan de behoeften van parlementsleden die geen voltijds mandaat uitoefenen. Door artikel 14bis, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 aan te nemen, had de wetgever immers eenvoudigweg de regels omgezet die gelden voor de leden van de andere Belgische parlementen.

Toen vermelde wetsvoorstellen werden aangenomen, heeft de wetgever helaas geen gevolg gegeven aan de wens die het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap in zijn advies had geuit (*cf.* de wet van 14 oktober 2018 tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, wat de cumulatie van mandaten betreft, *Belgisch Staatsblad* van 26 oktober 2018, blz. 81873, en de wet van 14 oktober 2018 tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, wat de cumulatie van publieke vergoedingen betreft, *Belgisch Staatsblad* van 26 oktober 2018, blz. 81879).

Dit wetsvoorstel voert dus een geschiktere formulering van artikel 14bis, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 in, waarbij rekening wordt gehouden met het specifieke statuut van de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, terwijl de eerbiediging van de 150 %-regel toch gegarandeerd wordt.

II. ARTIKELSGEWIJZE TOELICHTING

Artikel 1

Dit artikel bepaalt de grondwettelijke bevoegdheidsgrondslag van dit wetsvoorstel. Die valt onder artikel 77, eerste lid, 4^o, van de Grondwet, en de Senaat kan dus zijn initiatiefrecht ter zake uitoefenen.

Art. 2

Dans sa version actuelle, l'article 14*bis*, alinéa 1^{er}, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone stipule que «le montant des indemnités, traitements ou jetons de présence perçu en rétribution des activités exercées par le membre du Parlement de la Communauté germanophone en dehors de son mandat de député ne peut excéder la moitié du montant de l'indemnité allouée aux membres de la Chambre des représentants.».

Cette formulation ne pose pas de problème si on pré-suppose que les parlementaires perçoivent une indemnité parlementaire qui correspond à celle allouée aux membres de la Chambre des représentants. L'ensemble des traitements et indemnités perçus sera dès lors effectivement limité à 150 % du montant de l'indemnité parlementaire perçue par les membres de la Chambre des représentants.

Or, l'indemnité effectivement perçue par les membres du Parlement de la Communauté germanophone est nettement inférieure à celle des membres de la Chambre des représentants en raison du statut spécifique de leur mandat qu'ils n'exercent pas à titre principal. Il s'en suit que les membres du Parlement de la Communauté germanophone ont potentiellement besoin des indemnités perçues en rétribution de leurs mandats, fonctions ou charges extra-parlementaires pour pouvoir s'assurer une base financière solide.

Un exemple peut illustrer la situation particulière dans laquelle les membres du Parlement de la Communauté germanophone se trouvent:

Un membre ordinaire du Parlement de la Communauté germanophone a perçu pour l'année 2018 une indemnité parlementaire d'environ 16 300 euros. Cette rétribution à elle seule ne permet évidemment pas d'assurer une base financière solide. Le parlementaire doit donc pouvoir faire appel à des traitements extra-parlementaires pour pouvoir disposer d'un revenu approprié. La formulation actuelle de l'article 14*bis*, alinéa 1^{er}, de la loi du 31 décembre 1983 limite ces traitements à 50 % de l'indemnité allouée aux membres de la Chambre, soit à 62 395,22 euros pour l'année 2018 (montant publié au *Moniteur belge* du 2 février 2018).

Art. 2

In zijn huidige versie bepaalt artikel 14*bis*, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap: «Het bedrag van de vergoedingen, wedden of presentiegelden, ontvangen als bezoldiging voor de door het lid van het Parlement voor de Duitstalige Gemeenschap naast zijn mandaat van parlamentslid uitgeoefende activiteiten, mag de helft van het bedrag van de aan de leden van de Kamer van Volksvertegenwoordigers toegekende vergoeding niet overschrijden.»

Die formulering is geen probleem wanneer men van de veronderstelling uitgaat dat de parlementsleden een parlementaire vergoeding ontvangen die overeenstemt met die welke aan de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers wordt toegekend. Dan zal het totaal van de bezoldigingen en vergoedingen die ze ontvangen effectief beperkt worden tot 150 % van het bedrag van de parlementaire vergoeding die de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers ontvangen.

De vergoeding die de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ontvangen is echter duidelijk lager dan die van de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers, wegens het specifieke statuut van hun mandaat, dat ze niet als hoofdfunctie uitoefenen. Het gevolg daarvan is dat de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap de vergoedingen die ze voor hun buitenparlementaire mandaten, ambten of functies ontvangen, nodig hebben om zich van een stevige financiële basis te verzekeren.

Een voorbeeld kan de bijzondere situatie illustreren waarin de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap zich bevinden.

Een gewoon lid van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft voor het jaar 2018 een parlementaire vergoeding ontvangen van ongeveer 16 300 euro. Met die vergoeding op zich kan men zich uiteraard niet van een stevige financiële basis verzekeren. Het parlamentslid moet dus een beroep kunnen doen op buitenparlementaire bezoldigingen om over een passend inkomen te kunnen beschikken. De huidige formulering van artikel 14*bis*, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 beperkt die bezoldigingen tot 50 % van de vergoeding die aan de leden van de Kamer wordt toegekend, dus tot 62 395,22 euro voor het jaar 2018 (bedrag dat werd bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* van 2 februari 2018).

Le maximum qu'un membre du Parlement de la Communauté germanophone a pu percevoir au total (indemnités parlementaires et traitements extra-parlementaires) pour l'année 2018 correspond donc à une somme de 78 695,22 euros, ce qui est nettement en-dessous du seuil des 150 % de l'indemnité allouée à un membre de la Chambre des représentants.

La formulation de l'article 14*bis*, alinéa 1^{er}, de la loi du 31 décembre 1983 doit donc être modifiée afin de rencontrer la situation particulière des membres du Parlement de la Communauté germanophone. Au lieu de limiter les indemnités extra-parlementaires à 50 % des indemnités allouées aux membres de la Chambre des représentants, il est proposé de limiter la totalité des indemnités, traitements ou jetons de présence perçus par le membre du Parlement de la Communauté germanophone – que ce soit dans le cadre de son mandat parlementaire ou dans le cadre de l'exercice d'autres mandats, fonctions ou charges publics d'ordre politique – à 150 % du montant de l'indemnité parlementaire perçue par les membres de la Chambre des représentants. Cette modification nécessite par ailleurs une adaptation technique de la première phrase de l'alinéa 2 de l'article 14*bis*.

Art. 3

De ce qui précède, il apparaît que l'actuel article 14*bis*, alinéa 1^{er}, de la loi du 31 décembre 1983, appliqué de manière stricte à la situation particulière des membres du Parlement de la Communauté germanophone, ne correspond pas à la *ratio legis* qui veut qu'aucun parlementaire du pays ne puisse bénéficier de revenus publics dépassant les 150 % du montant de l'indemnité parlementaire perçue par les membres de la Chambre des représentants. Afin de remédier à cette incongruence entre le texte de la loi et son esprit et afin de remédier à l'insécurité juridique que cela a pu éventuellement engendrer pour les membres du Parlement de la Communauté germanophone élus lors des élections du 26 mai 2019, il est proposé que la loi produise ses effets le 27 mai 2019, date à laquelle la loi du 14 octobre 2018 modifiant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone en ce qui concerne le cumul d'indemnités publiques est entrée en vigueur.

*
* *

Het maximum dat een lid van het Parlement voor de Duitstalige Gemeenschap voor het jaar 2018 in totaal kon ontvangen (parlementaire vergoedingen en buitenparlementaire bezoldigingen) stemt dus overeen met een bedrag van 78 695,22 euro, wat duidelijk onder de drempel van 150 % van de vergoeding voor een lid van de Kamer van volksvertegenwoordigers ligt.

De formulering van artikel 14*bis*, eerste lid, van de wet van 31 december 1983 moet dus worden gewijzigd om een antwoord te bieden op de bijzondere situatie van de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap. In plaats van de buitenparlementaire vergoedingen te beperken tot 50 % van de vergoedingen die worden toegekend aan de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers, wordt voorgesteld het totaal van de vergoedingen, bezoldigingen of presentiegelden die het lid van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ontvangt – in het raam van zijn parlementair mandaat of in het raam van de uitoefening van andere openbare mandaten, ambten of functies – te beperken tot 150 % van het bedrag van de parlementaire vergoeding die de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers ontvangen. Die wijziging vergt ook een technische aanpassing van de eerste zin van het tweede lid van artikel 14*bis*.

Art. 3

Uit wat vooraf gaat blijkt dat het huidige artikel 14*bis*, eerste lid, van de wet van 31 december 1983, dat strikt wordt toegepast op de bijzondere situatie van de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, niet overeenstemt met de *ratio legis*, die wil dat geen enkel parlamentslid van het land meer openbare inkomsten kan ontvangen dan 150 % van het bedrag van de parlementaire vergoeding die de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers ontvangen. Om die incongruentie tussen de tekst van de wet en de geest ervan te verhelpen en om de rechtsonzekerheid te verhelpen die hierdoor eventueel veroorzaakt werd voor de leden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap die verkozen werden bij de verkiezingen van 26 mei 2019, wordt voorgesteld dat de wet uitwerking heeft met ingang van 27 mei 2019, datum waarop de wet van 14 oktober 2018 tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, wat de cumulatie van publieke vergoedingen betreft, uitwerking heeft gekregen.

*
* *

PROPOSITION DE LOIArticle 1^{er}

La présente loi règle une matière visée à l'article 77 de la Constitution.

Art. 2

À l'article 14*bis* de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, inséré par la loi du 25 mai 1999 et modifié par la loi du 27 mars 2006 et les lois du 14 octobre 2018, sont apporté les modifications suivantes:

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit:

«L'addition du montant des indemnités, traitements ou jetons de présence perçu par un membre du Parlement de la Communauté germanophone dans l'exercice de son mandat parlementaire et le montant des indemnités, traitements ou jetons de présence perçu en rétribution des activités exercées par ce membre en dehors de son mandat de député ne peut excéder 150 % du montant de l'indemnité allouée aux membres de la Chambre des représentants.»;

2° la première phrase de l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit:

«Sont pris en considération pour le calcul du montant des indemnités, traitements ou jetons de présence perçu en rétribution des activités exercées par ce membre en dehors de son mandat de député, ceux qui découlent de l'exercice d'un mandat, d'une fonction ou charge publics d'ordre politique.»

Art. 3

La présente loi produit ses effets le 27 mai 2019.

Le 12 mars 2020.

WETSVOORSTEL

Artikel 1

Deze wet regelt een aangelegenheid als bedoeld in artikel 77 van de Grondwet.

Art. 2

In artikel 14*bis* van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij de wet van 25 mei 1999 en gewijzigd bij de wet van 27 maart 2006 en de wetten van 14 oktober 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

«De optelling van het bedrag van de vergoedingen, wedden of presentiegelden, ontvangen door het lid van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap bij de uitoefening van zijn parlementair mandaat, met het bedrag van de vergoedingen, wedden of presentiegelden door dat lid ontvangen buiten zijn mandaat van volksvertegenwoordiger, mag 150 % van het bedrag van de aan de leden van Kamer van volksvertegenwoordigers toegekende vergoeding niet overschrijden.»;

2° de eerste volzin van het tweede lid wordt vervangen als volgt:

«Voor de berekening van het bedrag van de vergoedingen, wedden of presentiegelden ontvangen ter bezoldiging van de activiteiten die dat lid heeft uitgeoefend buiten zijn mandaat als volksvertegenwoordiger, komen in aanmerking die welke voortvloeien uit de uitoefening van een openbaar mandaat, openbare functie of openbaar ambt van politieke aard.»

Art. 3

Deze wet heeft uitwerking met ingang van 27 mei 2019.

12 maart 2020.